

LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

21. Januar 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

US-Präsidentenwahlen: Alle wollen „change“

Am Samstag, 19. Januar, hielten Demokraten und Republikaner in Nevada ihren Caucus ab. Außerdem fanden in South Carolina Primaries der Republikaner statt. Die South Carolina Primaries der Demokraten werden am kommenden Samstag, 26. Januar, folgen.

Diese beiden Vorwahlarten sind Beispiele der basisdemokratischen Wurzeln des Wahlsystems in den USA. Dabei können die Regeln von Bundesstaat zu Bundesstaat und auch zwischen den Parteien sehr unterschiedlich sein.

Der Begriff „**Caucus**“ ist einem indianischen Wort entlehnt, das eine Form der Meinungsbildung innerhalb eines Indianerstammes bezeichnet. Bei einem Vorwahl-Caucus kommen die Mitglieder einer Partei (Sympathisanten können sich in der Regel kurzfristig für eine Partei registrieren lassen) zu einem bestimmten Zeitpunkt auf örtlicher Ebene in einer Turnhalle, Schule etc. zusammen. Dort bilden sie Gruppen entsprechend den Kandidaten, die sie jeweils unterstützen möchten. Wechselseitig versucht man, Sympathisanten von anderen Gruppen abzuwerben. In einem zweiten Schritt, müssen sich all jene Gruppen, deren Kandidat weniger als 15% der Anwesenden gewonnen hat, auflösen und sich ihre Mitglieder neu entscheiden. Sie können sich einer der verbliebenen größeren Gruppen anschließen, oder „unentschieden“ votieren. Mit guten Argumenten und mitunter auch mit Sandwiches und Getränken versuchen die Mitglieder der größeren Gruppen diese Parteianhänger für ihre Gruppe zu gewinnen. Bei einem Caucus bekennt sich ein Sympathisant also öffentlich für „seinen“ Kandidaten.

Je größer die Anzahl der örtlichen Caucus-Teilnehmer, um so größer die Anzahl der Delegierten, die der jeweilige Caucus zum Parteitag des Bundesstaates entsendet. Oder aber es werden lediglich die Stimmen der Caucus-Teilnehmer für die einzelnen Kandidaten addiert.

Primaries dagegen sind organisiert wie gewöhnliche Wahlen mit Wahllokalen, die in der Regel 12 Stunden lang geöffnet sind und in denen man entweder elektronisch oder traditionell per Wahlzettel geheim abstimmmt. In manchen dieser Primaries sind auch Nicht-Parteimitglieder zugelassen. Die Attraktivität eines Kandidaten für unabhängige Wähler kann ein Gradmesser sein für die Erfolgsaussichten dieses Kandidaten bei der eigentlichen Präsidentenwahl. Mitunter versucht die gegnerische Partei auch, die unabhängigen Wähler zu instrumentalisieren, etwa indem sie dazu aufruft, einen bestimmten Kandidaten des gegnerischen Lagers zu unterstützen.

Die **Anzahl der Delegierten**, welche die Partei eines Bundesstaates zum nationalen Nominierungsparteitag entsendet, wird in den meisten Staaten proportional zum Vorwahlergebnis aufgeteilt (caucus oder primary). In der Republikanischen Partei gilt in vielen Staaten indes „the winner takes all“ (so etwa in New York, New Jersey, Connecticut, Missouri, und Virginia).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

21. Januar 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Immer deutlicher kristallisieren sich die Hauptthemen dieses Vorwahlkampfes heraus: **Alle Kandidaten wollen „change“**. Diese Absicht kleiden sie in unterschiedliche Slogans von „Obama for Change“, „it's about time ... it's about change“ (Obama) über „Clinton's change to change“, „Ready for Change“ (Clinton) bis „Change is coming“ (McCain) und "If ever there's been a time we needed change in Washington, it's now," (Romney).

Nachdem die Gefahr einer wirtschaftlichen Rezession immer bedrohlicher wird, sind die wirtschaftliche Situation und die Rezepte zur Belebung der **Wirtschaft** (stimulus) zum **Hauptwahlkampfthema** geworden. Die Kandidaten überbieten sich gegenseitig in Vorschlägen für Steuersenkungen und Ausgabenprogrammen.

Nevada

In Nevada hielten Demokraten und Republikaner einen Caucus ab. Bei den Demokraten wurden auf Ebene der Counties Delegierte gewählt, bei den Republikanern wurde lediglich die Anzahl der Stimmen addiert. Allgemein wurde hervorgehoben, dass die Wahlbeteiligung dieses Mal um ein Vielfaches höher war als bei den Vorwahlen 2004 und 2000.

Democrats

Hillary Clinton	5.355	51%
Barack Obama	4.773	45%
John Edwards	396	4%

Für Hillary Clinton ist dies, nach New Hampshire, der zweite Sieg in Folge. Barack Obama hatte auf einen Sieg gehofft. Die Umfragen zuvor deuteten an, dass sein Sieg auch in Reichweite war.

Duell Clinton - Obama

Das Rennen innerhalb der demokratischen Partei ist nun eindeutig zu einem Zweikampf geworden. Angesichts der Art der Auseinandersetzung zwischen Clinton und Obama müsste man sogar eher von einem **Duell** sprechen. Seit ihrem Sieg in New Hampshire hat die Clinton-Kampagne nicht gezögert, das Thema „Rasse“ in der Auseinandersetzung zu nutzen. Clinton hatte in einem Interview bezüglich Martin Luther King geäußert, King habe zwar Träume gehabt („I have a dream“). Aber es habe eines entschlossenen Präsidenten Lyndon B. Johnson bedurft, die Anti-Diskriminierungsgesetze auch durchzusetzen. Allgemein wurde das so verstanden, dass nur ein weißer Präsident hierzu in der Lage war, auch wenn Clinton dieser Interpretation natürlich widersprach. Sie wurde daraufhin von vielen Seiten heftig kritisiert, sie habe das Thema „Rasse“ in die Auseinandersetzung eingeführt. Nach einigen Tagen erklärte sie in einer Fernsehdebatte mit Obama, beide hätten sich darauf geeinigt, die Themen „Rasse und Geschlecht“ nicht im Wahlkampf zu instrumentalisieren.

In der Tat können beide und vor allem die Demokratische Partei von einer Auseinandersetzung über diese Themen nur verlieren. Sie würde in die Hände der Republikaner spielen. Angesichts der Tatsache, dass sich die Positionen und Programme von Clinton und Obama nicht sehr unterscheiden, ist jedoch nicht auszuschließen, dass das Thema „Rasse“ auch künftig immer wieder auftreten wird.

Die Kampagne von Hillary Clinton scheint bereits Wirkung zu zeigen und einen Stimmungswandel bewirkt zu haben. Während in den bisherigen Vorwahlen die schwarzen Wähler überwiegend für Clinton gestimmt haben, gewann Barack Obama in Nevada 83% der schwarzen Wähler, Hillary Clinton 14%. Weiße Wähler stimmten zu 52% für Clinton, zu 34% für Obama. Es ist bemerkenswert, dass kurz vor dem Martin Luther King Memorial Day

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

21. Januar 2008

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

(am 21. Januar) das Thema „Rasse“ im Vorwahlkampf der demokratischen Partei eine derart herausgehobene Rolle spielt. Diese Strategie der Clinton-Kampagne könnte sich im Präsidentenwahlkampf noch rächen. Denn bisher hat Barack Obama immer zu vermeiden versucht, der Kandidat der „African-American“ zu sein. Er will kein zweiter Jesse Jackson werden, der zwar die Unterstützung der schwarzen Wähler hat, damit aber an Wahlbarkeit unter den weißen einbüßt.

Auch in anderer Hinsicht unterscheidet sich die Wählerschaft von Clinton und Obama. Männer wählen bevorzugt Obama, Frauen wählen Clinton, Junge Wähler stimmen für Obama, ältere für Clinton. Wohlhabendere Wähler (über 100.000 \$ Jahreseinkommen) bevorzugen Obama, weniger wohlhabende Clinton.

Die Auseinandersetzung zwischen Clinton und Obama beschäftigt darüber hinaus sogar schon die Gerichte. So wurde versucht, die Einrichtung von Caucus-Treffen in einigen der großen Hotels/Spielcasinos in Las Vegas per Gerichtsbeschluss zu verhindern. Dieser Versuch war wohl dadurch motiviert, dass die größte Gewerkschaft der Hotel/Casino-Angestellten Barack Obama unterstützte. Die Clinton-Kampagne behauptete selbstverständlich, sie habe mit dem Rechtsstreit nicht zu tun. Kaum jemand schenkte dem Glauben.

John Edwards hatte sich in Nevada gewiss ein besseres Ergebnis erhofft. Er hat jedoch seine Kandidatur nicht aufgegeben. Er will weiter Delegierte sammeln, wohl in der Hoffnung, beim Nominierungsparteitag Ende August zum Zünglein an der Waage werden zu können.

So wichtig Siege bei einzelnen Vorwahlen sind, was wirklich zählt, ist indes der Gewinn von Delegiertenstimmen für den Nominierungsparteitag im Sommer. Clinton lag im Nevada-Caucus deutlich vor Obama. Aufgrund des Wahlsystems hat sie aber nur 12 Delegierte für ihre Nominierung gewonnen, gegenüber 13 für Obama.

Nimmt man alle bisher vergebene Delegiertenstimmen zusammen, so liegt Hillary Clinton jedoch deutlich vor Barack Obama.

Delegierte

(Delegierte insgesamt: 4.049, für Nominierung erforderlich: 2.025)

	Delegierte	Superdelegierte	Gesamt	CNN-Zählung
Hillary Clinton	36	171	207	210
Barack Obama	38	77	115	225
John Edwards	18	28	46	52
(ohne Michigan und Florida)				

Quelle: Democratic National Committee, CNN

Superdelegierte werden nicht in den Vorwahlen gewählt, wie Delegierte. Sie sind stimmberechtigt „qua Amt“, d.h. es sind Congressmen, Senatoren, Gouverneure und andere wichtige Parteiführer. Rund 40% aller Delegierten sind Superdelegierte. Damit besitzt in der Demokratischen Partei das „Parteiestablishment“ großen Einfluss bei der Nominierung. Bisher scheint das Establishment Clinton zu favorisieren.

Republicans

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

	Mitt Romney	22.649	51%
	Ron Paul	6.087	14%
21. Januar 2008	John McCain	5.651	13%
	Mike Huckabee	3.616	8%
	Fred Thompson	3.521	8%
www.kas.de	Rudy Giuliani	1.910	4%

www.kas.de/uswahlen2008

Wie erwartet, hat Mitt Romney den Nevada Caucus klar gewonnen. Ihm kam sicher zugute, dass rund 26% der Caucus-Teilnehmer Mormonen waren. Nach Michigan war dies bereits sein zweiter Sieg bei einer Vorwahl. Er profitiert davon, dass er verglichen mit seinen Konkurrenten über reichlich Wahlkampfmittel verfügt. Allein aus seinem Privatvermögen hat er bisher 17 Millionen Dollar zugeschossen. Überraschend landete Mike Huckabee nur auf dem vierten Platz.

South Carolina

Kaum waren die Caucus-Treffen in Nevada beendet, richtete sich die gesamte Aufmerksamkeit auf die republikanischen Vorwahlen in South Carolina. Allgemein war mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen McCain und Huckabee gerechnet worden. Außerdem hoffte Thompson auf ein respektables Ergebnis, um seine Kandidatur aufrecht erhalten zu können. Für alle Kandidaten waren die Vorwahlen in South Carolina von besonderer **Symbolkraft**. Denn seit 1980 haben alle republikanischen Kandidaten, die in South Carolina gewannen, später auch die Nominierung als Präsidentschaftskandidat gewonnen.

Für einen **Sieg von John McCain** sprach die große Zahl von aktivem und pensioniertem Militärpersonal in South Carolina. Für Huckabee die große Zahl evangelikaler Christen in diesem Bundesstaat. Für McCain gab schließlich den Ausschlag, dass er nicht nur diese Sympathisanten mobilisieren konnte, sondern auch Unabhängige. Denn diese konnten sich in South Carolina ebenfalls in die Wählerlisten der Republikaner eintragen lassen. Nur 3 von 10 Wählern, die McCain gewählt hatten, gaben an, Mitglied der Republikanischen Partei zu sein. Die Popularität McCains unter unabhängigen Wählern ist einerseits ein Vorteil, wie in South Carolina, vor allem aber für die Präsidentenwahl selbst. Diese Quote zeigt allerdings auch, daß McCain offenbar für Mitglieder der Republikanischen Partei nicht besonders attraktiv ist. McCain wird es bei den nächsten Vorwahlen in dieser Hinsicht schwerer haben. Denn beispielsweise in Florida sind Unabhängige nicht zugelassen.

Republicans

John McCain	137.467	33%
Mike Huckabee	123.467	30%
Fred Thompson	65.223	16%
Mitt Romney	62.652	15%
Ron Paul	15.275	4%
Rudy Giuliani	8.586	2%

Für McCain beinhaltet sein Sieg in South Carolina eine besondere Genugtuung. Denn hier wurde er im Vorwahlkampf 2000 von George W. Bush (mit teils unfairen Mitteln) entscheidend geschlagen.

Mike Huckabee nahm seinen zweiten Platz gelassen. Er muss sich aber fragen, weshalb es ihm nicht gelungen ist, einen besonders konservativen Südstaat mit vielen evangelikalen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Christen zu gewinnen. Schon in Florida ist die soziologische Struktur für ihn wesentlich weniger günstig. Ganz zu schweigen von den großen Staaten wie Kalifornien und New York.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

21. Januar 2008

Für die Kandidatur von **Fred Thompson** war South Carolina ein Schlüsselstaat. Nach diesem Ergebnis wird er sich die Frage stellen, ob er seine Kandidatur aufrechterhalten kann. Falls er aufgibt, dürfte er John McCain unterstützen.

www.kas.de

www.kas.de/uswahlen2008

Rudy Giuliani hat, wieder einmal, einen der hinteren Plätze belegt. Er muss Florida gewinnen. Falls er dort nicht siegt, ist seine Kandidatur wohl am Ende.

Delegierte

(Delegierte insgesamt: 2.380, für Nominierung erforderlich: 1.191)

Mitt Romney	72
John McCain	38
Mike Huckabee	29
Fred Thompson	8
Ron Paul	6
Rudy Giuliani	2

Quelle: CNN

Die Übersicht über die bisher gewonnenen Delegierten zeigt, dass bei der republikanischen Partei noch immer alles offen ist. In Florida sind 57 Delegierte zu gewinnen. Der Sieger der Vorwahl gewinnt alle Delegierten.